

Antrag

der Fraktion der SPD

Sicherung und Reform der beruflichen Bildung – eine rheinland-pfälzische Initiative für neue Berufe und mehr Ausbildungsplätze

Basis wirtschaftlicher Spitzenleistungen ist ein leistungsstarkes, effizientes und zukunftsorientiertes Bildungssystem. Nach einer Phase organisatorischer Veränderungen muß jetzt die Modernisierung von Lernzielen, -inhalten sowie -methoden und ihre Anpassung an die Anforderungen der Zukunftsgesellschaften im Mittelpunkt der Bildungspolitik stehen. Informationstechnologie, Wirtschaftswissen und Sprachkompetenz müssen einen höheren Stellenwert in allen Schulformen, insbesondere auch im Bereich der beruflichen Bildung, erhalten.

Im Zuge einer regionalisierten Strukturpolitik haben Ausbildungs- und Qualifizierungsstategien eine hervorgehobene Bedeutung. Dies gilt besonders im Zusammenhang mit neuen Strategien für alte Industrie- und Kversionsgebiete.

Eine offensive regionale Aus- und Weiterbildungspolitik muß die erkannten Defizite auf regionaler Ebene aufgreifen und daraus Handlungsoptionen entwickeln. Der Ausbildungs- und Qualifizierungsbedarf der Region muß kontinuierlich ermittelt und das Angebot transparent dargestellt werden.

Der mit dem Schuljahr 1997/1998 begonnene Reformprozeß, der auch die inhaltliche Einbeziehung der Ausbildungsbelange der Region in den Berufsschulunterricht vorsieht, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten des Landes wirken aktiv am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel des Landes mit.

I. Der Landtag stellt fest:

1. Das Land benötigt eine offensive Weiterentwicklung der Berufsausbildung

Die berufliche Qualifizierung nimmt angesichts des steigenden Anpassungsdrucks eine Schlüsselstellung ein.

Sie ist unabdingbar für

- die Sicherung von Zukunftschancen und Beschäftigungsperspektiven der jungen Generation,
- den erforderlichen Strukturwandel und die wirtschaftliche Modernisierung unseres Landes,
- die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

2. Die Kooperation von Wirtschaft und Berufsschulen hat sich grundsätzlich bewährt

Die Kooperation von Wirtschaft und Berufsschulen hat sich bewährt. Dennoch bedarf es der Anpassung.

Bedingt durch einen tiefgreifenden strukturellen, technologischen und arbeitsorganisatorischen Wandel, die schwache Konjunktur, einen gestiegenen Kostendruck und veränderten betrieblichen Rekrutierungsstrategien haben sich die Rahmenbedingungen strukturell verändert.

Es ist zu begrüßen, daß die Landesregierung beginnend mit dem Schuljahr 1997/1998 einen Reformprozeß der Berufsschule umgesetzt hat, der eine betriebsfreundlichere Organisation des Berufsschulunterrichts vorsieht.

Durch die Verlagerung von Berufsschultagen aus der Fachstufe in die Grundstufe wird z. B. eine höhere Akzeptanz bei den ausbildenden Unternehmen geschaffen, weil die Auszubildenden im zweiten und dritten Lehrjahr dem Betrieb länger zur Verfügung stehen.

3. Berufsvorbereitung und Berufswahlverhalten

Die Berufsvorbereitung der jungen Menschen muß zu einer realistischen Bewertung von Anforderungen und Selbsteinschätzung führen und leistungs- sowie berufsorientiert sein.

4. Die Verantwortlichkeit für die Berufsausbildung liegt bei der Wirtschaft

Unbestritten ist, daß die Bereitstellung eines ausreichenden Lehrstellenangebotes in der Verantwortung der Wirtschaft und der öffentlichen Arbeitgeber liegt.

II. Wir fordern die Landesregierung auf,

ihre Initiativen des „gemeinsamen Handelns“, der „Selbstverpflichtung“ und der Berufsschulreform unter Berücksichtigung der regionalen Rahmenbedingungen offensiv fortzusetzen mit dem Ziel, ein Netzwerk zu entwickeln, das die Sozialpartner, die Arbeitsverwaltung, die Kammern, die kommunale Selbstverwaltung, die Berufsschulen, Fachschulen, Fachhochschulen, Universitäten und die Weiterbildungseinrichtungen beteiligt, um die aus- und weiterbildungspolitischen Aktivitäten zu begleiten.

1. Die Bildung von regionalen Netzwerken zu unterstützen

Für die Bildung dieses Netzwerkes sind

- regionale Akteure für die Unterstützung und Mitwirkung zu gewinnen,
- diese bei der Erstellung von Konzepten und Handlungsanleitungen zu unterstützen,
- die regionalen Stärken von Bildung, Wirtschaft (Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistung, öffentliche Verwaltung) und Kultur gezielt und konsequent als Werbung für die Region (Wirtschaftsstandort) und zur Information für die Berufswahl offensiv darzustellen und zu vertreten,
- Initiativen zu fördern, die Vorschläge und Maßnahmen für zusätzliche Ausbildungsplätze und für die Ausbildungsberatung koordinieren; dazu gehört im besonderen die Verbesserung der Datenlage und die Intensivierung der Zusammenarbeit von Vermittlern und Beratern,
- Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Koordination eines Netzwerkes allgemeinbildende Schule – Betrieb/Verwaltung – Arbeitsverwaltung – berufsbildende Schule ermöglichen und stützen,
- gezielte Aus- und Weiterbildungsangebote für die Lehrkräfte, insbesondere der Beratungslehrerinnen und -lehrer, unter Berücksichtigung regionaler Schwerpunkte zu organisieren,
- vermehrt Angebote an Berufs- und Betriebspraktika für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen einzu-

- richten sowie die Aufnahme beruflicher Inhalte in den Unterricht zu fördern,
 - die besonderen Bedingungen der Regionalschulen und Dualen Oberschulen für die örtliche Wirtschaftsstruktur verstärkt zu nutzen,
 - die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu fördern und die jungen Menschen frühzeitig über das Ausbildungsangebot der Region zu informieren,
 - zu prüfen, in welcher Form die überbetriebliche Ausbildung noch intensiver zeitlich und inhaltlich mit der Ausbildung in den beruflichen Schulen koordiniert werden kann.
2. Auf Bundesebene für die Stärkung des dualen Systems und Erhöhung von Berufschancen durch weiterführende Bildungsabschlüsse initiativ zu werden
- Sie soll
- die Verantwortung der Sozialpartner für eine praxisorientierte Ausbildung und die Erarbeitung neuer Prüfungsinhalte und -formen einfordern,
 - die Anforderungsprofile in den Berufen durch flexible Berufsfelder sowie fachliche Spezialisierung optimieren,
 - die Verbesserung der Berufsvorbereitung und Ausbildungsbegleitung für bestimmte Personengruppen (Lernbeeinträchtigte, sozial Benachteiligte) durch konkrete praxisorientierte Rahmenbedingungen ermöglichen,
 - Ansatzpunkte für gemeinsames Handeln unter Berücksichtigung der regionalen Rahmenbedingungen schaffen,
 - neue Ausbildungsverordnungen und Rahmenpläne entwickeln, die der konkreten Ausgestaltung in den Regionen Raum läßt,
 - die Durchlässigkeit von Lernangeboten und Abschlüssen sichern,
 - sich für eine stärkere Vernetzung der Aus- und Weiterbildung (Zertifizierung, Modularisierung der Weiterbildung) einsetzen.
3. Berufsbildende Schulen zu Partnern im System der dualen Ausbildung werden zu lassen
- Dies beinhaltet,
- die Veränderung der bisherigen untergeordneten Rolle im dualen System,
 - die Konzentration auf eine breit angelegte Grundbildung (Vorbereitung auf die künftige Funktionsrolle, die Rolle des Erwerbstätigen als Arbeitskraft, die Rolle als Mitglied der verschiedenen Sozialsysteme),
 - eine koordinierte und geregelte Zusammenarbeit der Schulen mit den Sozialpartnern zu fördern,
 - einen Ausbau der berufsbildenden Schulen in Kooperation mit Kammern, Gewerkschaften, Kommunen und anderen Trägern der Weiterbildung zu regionalen Weiterbildungseinrichtungen,
 - eine Qualitätssicherung und die Erstellung von Schulprogrammen.
4. Für die Weiterentwicklung des Berufsausbildungssystems einzutreten
- Hierbei sollen innovative Ausbildungsprojekte gefördert werden, insbesondere
- im Gesundheits- und Pflegebereich, in der Freizeitwirtschaft, der IT- und Medienbranche, in produktionsnahen Dienstleistungen (Planung, Entwicklung, Marketing), in der Haus- und Familienpflege,

- Lernortverbundsysteme (Ausbildungsverbund, gemeinsame Grundbildung), die eine Weiterentwicklung und Anpassung der Ausbildungsziele und -inhalte an die zukünftigen Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft zum Gegenstand haben.
5. Einen Bericht über die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Fachhochschulen, Berufsschulen und Wirtschaft abzugeben

Die Landesregierung soll dem Landtag über ihre Initiativen, Um- und Durchsetzungsstrategien zur Verbesserung von Kommunikation und Kooperation zwischen Hochschulen, Fachhochschulen, Berufsschulen und kleineren und mittleren Betrieben berichten. Hier soll besonders auf die Fragen eingegangen werden, wie

- sich das künftige Profil der verschiedenen Schularten in Kooperation mit den Schülern, Studierenden, Lehrenden und Beschäftigten entwickeln kann,
- Produkt- und Verfahrensinnovationen stärker als bisher in neue Arbeitsplätze umgesetzt werden können,
- das Profil an technologisch-wissenschaftlichen Dienstleistungen unter Berücksichtigung geisteswissenschaftlicher Kompetenz gestärkt werden kann.

Für die Fraktion:
Joachim Mertes